



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

ERINNERUNGSKULTUR

- | | | |
|---|--|----|
| ■ DEKODER | | |
| Perm-36 | | 2 |
| Anke Giesen (Memorial Deutschland e. V.) | | |
| ■ ANALYSE | | |
| »Perm-36«: | | |
| Die umkämpfte russische Erinnerung an die politischen Repressionen in der Sowjetunion | | 5 |
| Lina Klymenko (Universität Tampere) | | |
| ■ DEKODER | | |
| Wird Geschichte an russischen Schulen eigentlich nach | | |
| einem einheitlichen Geschichtsbuch unterrichtet? | | 8 |
| Olga Filina (Ogonjok) | | |
| <hr/> | | |
| ■ CHRONIK | | |
| 25. Februar – 10. März 2019 | | 12 |

Perm-36

Anke Giesen (Memorial Deutschland e. V.)

Als der Permer Geschichtsstudent Andrej Kalich und seine Freunde auf einer Paddeltour im Sommer 1988 die zum großen Teil noch erhaltenen Gebäude eines ehemaligen Arbeitslagers entdeckten, ahnten sie kaum, welche Bedeutung jenem Ort zukam. Doch Andrejs Vater, der Permer Journalist und Mitbegründer der örtlichen Memorial-Gruppe Alexander Kalich, konnte der Erzählung seines Sohnes entnehmen, dass es sich um das »Besserungs-Arbeitslager für politische Gefangene VS-389/36« handeln musste, im Gefangenen-Jargon schlicht als Perm-36 bezeichnet.

Vornehmlich als Graswurzelinitiative entstand dort in den 1990er Jahren eine Gedenkstätte mit einem Museum. Sie entwickelte sich – nicht zuletzt dank dem lokalen Bürgerfestival – in den 2000er Jahren zu einem bedeutenden Zentrum der russischen Zivilgesellschaft. Die aktuellen Entwicklungen im und um das Museum gelten der russischen Opposition als Musterbeispiel für die Neuausrichtung der russischen Geschichtspolitik und für den Umgang des Staates mit unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Gemeinsam mit örtlichen Historikern suchte der Permer Memorial-Mitarbeiter Alexander Kalich im Jahr 1988 das ehemalige Arbeitslager im Dorf Kutschino auf, auf das sein Sohn zufällig bei einer Paddeltour gestoßen war. Schnell erkannten sie dessen welthistorischen Wert: Etwa 150 Kilometer von Perm entfernt, steht dort die einzige nahezu vollständig erhaltene Anlage mit den typischen Holzbaracken eines Straflagers aus der Stalinzeit.

Lager von welthistorischem Wert

1946 als eines der zahlreichen stalinschen Arbeitslager errichtet, sollte es der Holzbeschaffung für die Industrie und für den Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg dienen. Wegen seiner günstigen Lage am Flussufer blieb das Lager jedoch auch nach Stalins Tod noch in Betrieb und trägt so auch bauliche Spuren späterer Sowjetepochen. Ende der 1950er Jahre erhielt es verstärkte Sicherungsanlagen für die Unterbringung krimineller Mitarbeiter der Sicherheitsorgane. Von 1972 bis 1987 diente die Anlage unter strenger Geheimhaltung als Speziallager für politische Gefangene. Eine etwas abgelegene Scheune wurde zu einer zweiten Abteilung umgebaut, in der überzeugte Gegner der Sowjetmacht im »Sonderregime für besonders gefährliche Wiederholungstäter« ihre mehrjährigen Strafen verbüßten. Dissidenten saßen in einer Zelle mit Nazikollaborateuren. Der ukrainische Dichter Wassyl Stus, der 1985 für den Nobelpreis vorgeschlagen worden war, kam hier im selben Jahr unter bis heute ungeklärten Umständen ums Leben.

Wegen des außerordentlichen historischen Werts des Geländes setzte sich in den 1990er Jahren insbesondere Viktor Schmyrow, Dekan an der Permer Pädagogischen Hochschule, gemeinsam mit einigen ehemaligen Insassen aus dem Dissidentenkreis und örtlichen Aktivisten aus dem Umfeld von Memorial, für dessen Erhalt als Gedenkstätte ein.

Am 5. September 1995 war es dann soweit: Die Baracke des »Sonderregimes« konnte erstmals für den Besucherverkehr geöffnet werden. Viktor Schmyrow und seine Frau, die Permer Historikerin Tatjana Kursina, übernahmen die Leitung der Gedenkstätte. Sie kündigten ihre Stellen an der Pädagogischen Hochschule und widmeten sich ganz der Weiterentwicklung des Museums und Gedenkzentrums für die Geschichte der politischen Repressionen Perm-36 – so der Name der Trägerorganisation. Dank ihrem Engagement erhielt das erste und bis heute einzige Museum in Russland, das sich am Ort eines ehemaligen Arbeitslagers stalinistischen Typs befindet, bald regelmäßige Zuwendungen aus dem Permer Regionalhaushalt.

2001 konnten schließlich auch die in den 1940er Jahren errichteten Gebäude für den regulären Besucherverkehr geöffnet werden. Auf der Grundlage der Forschung zu den sowjetischen Repressionen in den Archiven der Region konzipierte das Museum Ausstellungen, die nicht nur in Russland, sondern auch in den USA, Großbritannien und Italien gezeigt wurden. Für Schüler, Studierende, Lehrer und Museumsfachleute wurden Bildungsprogramme entwickelt. Dabei bemühten sich die Verantwortlichen stets, sowohl die Epoche der Säuberungen und des Gulags als auch die der Repressionen gegen das spätere Dissidententum in den Blick zu nehmen.

Hauptstadt der russischen Zivilgesellschaft

In den 2000er Jahren entwickelte sich das Museum schließlich zu einem Anziehungspunkt für all jene, die sich in Russland zu einer liberalen Bürgergesellschaft zählten. Besonders deutlich wurde das beim Bürgerfestival Pilorama: ein Festival mit Konzerten, Kunstausstellungen, Theateraufführungen und zahlreichen Diskussionsforen, das jährlich tausende Teilnehmer für ein Juliwochenende nach Kutschino lockte. Auf dem Festival diskutierten Vertreter der liberalen Parteien mit ehemali-

gen politischen Gefangenen über die brennenden Fragen der Zeit. Musiker wie Andrej Makarewitsch gaben Konzerte, 2010 inszenierte ein internationales Künstlerteam auf dem Lagergelände die Oper *Fidelio* von Beethoven.

Das Pilorama, aber auch die vielfältigen Permer Bürgerinitiativen, verschafften der Stadt den Ruf als »Hauptstadt der russischen Zivilgesellschaft«. Dies passte perfekt in das Entwicklungskonzept, das der damalige Gouverneur Oleg Tschirkunow für die Region hegte. Er lud wichtige Vertreter der russischen liberalen Kulturelite nach Perm ein – wie den Galeristen Marat Gelman, den Dirigenten Teodor Currentzis und den Regisseur Boris Milgram, die mit avantgardistischen Ausstellungen, Ballett- und Theateraufführungen eine »kulturelle Revolution« entfachten. So brachte er Perm kurzzeitig auf die Liste der interessantesten kulturellen Zentren Europas.

Politische Kehrtwende

Die Wende zeichnete sich aber schon im Jahr 2012 ab. Kurz vor der Rückkehr Putins ins Präsidentenamt reichte Tschirkunow ein Gesuch auf seine vorzeitige Abberufung ein. Der neu eingesetzte Gouverneur Viktor Bassargin, der zuvor den Posten des föderalen Ministers für regionale Entwicklung bekleidete, entledigte sich zügig der »Mannschaft« seines Vorgängers und berief den Schauspieler Igor Gladnew als regionalen Kulturminister. Dieser wiederum entließ umgehend Marat Gelman als Leiter des örtlichen Museums für moderne Kunst und strich die Fördergelder für dessen avantgardistische Projekte.

Diese politische Kehrtwende konnte auch an dem Museum und seinem Festival nicht spurlos vorübergehen. Einen ersten Hinweis erhielten seine Betreiber bereits im selben Jahr, als in einer regionalen Zeitschrift ein Interview mit einem ehemaligen Wärter des Straflagers Perm-36 abgedruckt wurde: »Im Gulag kamen tausende Leute um [...] Das waren die 1930–50er Jahre. Was hat Perm-36 damit zu tun – mit seinen sauberen, satten Häftlingen, die sich auf Werkbänkchen mit der Herstellung von Anschlussklemmen für Bügeleisen beschäftigten?« Dieser Vorwurf der Geschichtsfälschung gegenüber den Betreibern des Museums war der Auftakt einer breiten Kampagne gegen das Museum, an der sich sowohl andere ehemalige Mitarbeiter des Lagerwesens als auch die Kommunistische Partei der Russischen Föderation und die neostalinistische Organisation Sut Wremeni (in Europa unter dem Namen *Essence of Time* bekannt) beteiligten.

Im folgenden Jahr warfen einzelne Vertreter dieser Gruppen den Museumsbetreibern wiederholt vor, dass sie weder die Haftbedingungen der ehemaligen Insassen noch die Zusammensetzung des Lagers korrekt darstellen würden. Insgesamt schade das Museum der jungen Generation in der Ausbildung einer patriotischen Gesinnung. Die Teilfinanzierung der NGO über

US-amerikanische Stiftungsgelder galt als Beleg dafür, dass es sich bei dem Museum um eine feindliche, aus dem Ausland gesteuerte Struktur handele. Auf dieser »NATO-Basis« werde das Ziel verfolgt, Russland von innen heraus zu zerstören.

Perm-36 als ausländischer Agent

Die Attacken boten der neuen Regionalregierung zunächst den Anlass, dem Pilorama im Sommer 2013 die Fördergelder zu streichen, sodass es nicht mehr stattfinden konnte. Der Museumsleitung wurde »zu ihrer Absicherung« die Verstaatlichung angeboten.

Doch die vorgeblich zum Schutz der inzwischen weltweit bekannten Institution initiierte Verstaatlichung stellte sich bald als eigentliche Gefährdung heraus: Durch das Abschalten von Strom, Gas und Wasser wurden die Betreiber gezwungen, das Museum kurz nach der Verstaatlichung im Frühjahr 2014 für den Besucherverkehr zu schließen. Dies war zudem ein willkommener Anlass für den örtlichen Kulturminister, Tatjana Kursina als Direktorin zu entlassen. Im Anschluss wurden Bibliothek, Archiv und Bestände des vorherigen Trägers konfisziert und die Ausstellung an das heroische Geschichtsnarrativ angepasst: Der Raum mit den Biographien ehemaliger dissidentischer Insassen wurde geschlossen, hingegen der Beitrag der Gulag-Häftlinge zum Sieg im Großen Vaterländischen Krieg auf Schautafeln dokumentiert.

Während die ehemaligen Wächter des Arbeitslagers in den Beirat drängten, distanzieren sich die ehemaligen Insassen von der Institution. Der frühere Trägerverein wurde als ausländischer Agent gelistet und mit Gerichtsverfahren überzogen. Zermürbt gaben dessen Akteure im März 2015 auf.

An diesem Vorgang vermochten weder die mit zahlreichen Unterschriften versehene Petition an den Gouverneur und den russischen Präsidenten noch Proteste seitens russischer Prominenter, nationaler und internationaler Organisationen etwas zu ändern – genauso wenig wie die Interventionen des russischen Präsidialen Menschenrechtsrats. Die lang andauernde Skandalisierung in der russischen und internationalen Presse sowie diplomatische Bemühungen scheinen aber zumindest eines erzielt zu haben: 2016 berief man Julia Kantor, die ehemalige Beraterin des Direktors der St. Petersburger Eremitage, zur Kuratorin. Zumindes die ehemaligen dissidentischen Insassen des »Sonderregimes« erfahren durch Kantors Einflussnahme wieder eine Würdigung am Ort ihrer langjährigen Haftstrafen. Bibliothek, Archiv und Museumsbestände der Museumsgründer gelten jedoch bis heute als »verschollen«.

Informationen über die Autorin, Lesetipps und Informationen zum Projekt »Wissenstransfer² –Russlandstudien« finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Anke Giesen studierte Slavistik in Münster, Moskau und Hamburg. Sie promovierte an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg im Fach Geschichte zur russlandweiten Debatte über Konzept und Verstaatlichungsprozess der Lagergedenkstätte Perm-36 im Ural.

In ihrer Arbeit als Referentin der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie setzt sie sich u. a. für die Ausweitung der Kontakte zur Aufarbeitung traumatisch erlebter Vergangenheit im Rahmen der Städtepartnerschaft Berlin-Moskau ein.

Als Mitglied des Vorstands von MEMORIAL Deutschland e. V. und des Beirats der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam gilt ihr Engagement der Erinnerungskultur zu den sowjetischen politischen Repressionen in den ehemaligen sozialistischen Ländern.

Lesetipps:

- Giesen, Anke (2019): »Wie kann denn der Sieger ein Verbrecher sein?« Eine diskursanalytische Untersuchung der russlandweiten Debatte über Konzept und Verstaatlichungsprozess der Lagergedenkstätte »Perm'-36« im Ural, ibidem-Verlag, Hannover.
- Abzalova, Ekaterina: The Memorial Center for the History of Political Repression »Perm-36«, http://www.bideo.info/buesa/imagenes/seminario_rusia.pdf.
- Olga Wolgina: Bywschij nadsiratel »Permi-36« ulitschil »Piloramu« w falsifikazii istorii, in Argumenty i Fakty 25/07/2012 Nr. 30, <http://www.perm.aif.ru/culture/details/122423>.

Dieser Beitrag erschien ursprünglich am 05.09.2018 als Gnose auf www.dekoder.org/de/gnose/perm-36-lager-museum-zivilgesellschaft und wurde übernommen im Rahmen des Projektes »Wissenstransfer² – Russlandstudien« (https://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/de/5/20190308202039/Wissenstransfer_hoch_zwei.html), das von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und dekoder.org mit finanzieller Unterstützung der Volkswagen-Stiftung durchgeführt wird.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, [dekoder.org](http://www.dekoder.org) als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder und Anke Giesen für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

»Perm-36«: Die umkämpfte russische Erinnerung an die politischen Repressionen in der Sowjetunion

Lina Klymenko (Universität Tampere)

Zusammenfassung

Der Beitrag zeichnet das Schicksal des Museums »Perm-36« nach und erörtert hierzu die öffentlichen Debatten im heutigen Russland über die sowjetischen politischen Repressionen. Der Beitrag zeigt auf, wie umkämpft das Museum ist – zwischen Dissidenten, die nach der Sensibilisierung der Gesellschaft für die politischen Repressionen streben, und ehemaligen Lagerwachen, die den repressiven Charakter des sowjetischen Regimes leugnen. Die Auseinandersetzung um das Gulag-Museum zeigt, wie kompliziert die russische Aufarbeitung der Geschichte der politischen Repressionen und konkret eines Arbeitslagers ist.

Einleitung

Im März 2015 verkündete die NGO »Gedenkzentrum für die Geschichte der politischen Repressionen »Perm-36« ihre Selbstauflösung. Das »Museum der politischen Repressionen »Perm-36« war in den frühen 1990er Jahren in einer ehemaligen Arbeitskolonie mit strengem Haftregime in der Nähe des Dorfes Kutschino (Region Perm) von örtlichen Historikern und ehemaligen politischen Häftlingen eingerichtet worden. Die Initiatoren des Museums gründeten die erwähnte NGO »Perm-36«, um das Museum zu betreiben. In dieser Form war das Museum über zwei Jahrzehnte lang tätig, bis die Regierung der Region Perm beschloss, eine staatliche Einrichtung zu gründen, die die NGO »Perm-36« ersetzen sollte.

Bei dem Konflikt um das Museum, der in den Jahren 2014 und 2015 im Kontext der Annexion der Krim durch Russland und des Ausbruchs des militärischen Konfliktes in der Ostukraine seinen Höhepunkt erreichte, waren eine Reihe staatlicher und nichtstaatlicher Akteure beteiligt.

Während dieser Zeit bezeichneten die Mainstream-Medien in Russland ganz in sowjetischem Stil oft jedwede Form von Manifestierung einer Selbstbestimmung in der Ukraine oder im Baltikum als »Faschismus«. Im Juni 2014 zeigte der kremelfreundliche Fernsehsender NTV die diskreditierende Reportage »Fünfte Kolonne«, in der die ehemaligen Lagerinsassen als *banderowzy* (dt.: »Bandera-Leute«) bezeichnet wurden. Im Oktober 2014 organisierte die Kommunistische Partei der Russischen Föderation Proteste gegen die NGO »Perm-36« und im September 2015 hatte die Partei eine Petition zur Unterstützung der Regierung der Region Perm gestartet. Sie wurde von zwei Personen unterzeichnet. Schließlich wurde das Museum vom Staat übernommen und erhielt den Namen »Gedenkstätte der Geschichte politischer Repressionen »Perm-36«. Und selbst eine Petition an den Gouverneur der Region Perm, die im Sommer 2014 von Robert Latypow – dem Vorsitzenden der Regionalabteilung Perm der Gesellschaft »Memorial« –

verfasst wurde, konnte das Museum nicht retten, obwohl über 90 000 Personen die Petition unterzeichnet hatten.

Anerkennung für den Widerstand gegen das sowjetische Regime

Für den Gründer des Museums »Perm-36«, Viktor Schmyrow, war das Museum eine Gedenkstätte für die Opfer politischer Repressionen in der Sowjetunion. In seinem 2001 in der Zeitschrift »Museum International« erschienenen Artikel »The Gulag Museum« betonte Schmyrow, dass das Museum ein Symbol für die Tragödie von Millionen Menschen darstellte, die politischen Repressionen ausgesetzt und durch das System des Gulag gegangen waren. Der Gründer des Museums berichtete, dass das Lager 1946 als Kolonie für Holzarbeiten eingerichtet wurde, in der Menschen untergebracht waren, die unter Stalin verurteilt worden waren. Nach Stalins Tod wurde das Lager in ein Speziallager für inhaftierte frühere Angehörige der Sicherheitsorgane umgewandelt, unter anderem für ehemalige Mitarbeiter des KGB und der Staatsanwaltschaften. Nach 1972 wurde es ein Lager für politische Häftlinge. In seiner Schilderung über die Ursprünge des Lagers befasst sich Schmyrow insbesondere mit den politischen Häftlingen. Er betonte die harten Bedingungen im Lagertrakt mit verschärften Sicherheitsvorkehrungen, der 1980 für politische Häftlinge gebaut wurde. Er erklärt, dass sich unter denjenigen, die wegen antisowjetischer Agitation und Propaganda inhaftiert waren, Dissidenten wie Wladimir Bukowski, Sergej Kowaljow, Jurij Orlow, Natan Scharanskij, Gleb Jakunin befanden. Die Gefangenen waren in kleinen Zellen inhaftiert und wurden einmal täglich in den Freiganghof gelassen. Das Museum »Perm-36« befand sich zwar auf dem Gelände eines Gulag-Lagers aus der Stalinzeit, doch war es nach Ansicht Viktor Schmyrows den politischen Häftlingen der gesamten Sowjetzeit gewidmet. Das Museum fungiere als Gedenkstätte für den Widerstand gegen das sowjetische Regime. Ein Teil des Museums, eine neue Ausstellung, sollte dem

Kampf der politischen Häftlinge gegen das sowjetische Regime gewidmet sein, also jenen Personen, die ihre Energie und ihren Enthusiasmus einsetzten, um das kommunistische Regime, das von Schmyrow als »totalitär« bezeichnet wird, zu Fall zu bringen.

Auf dem Höhepunkt der Kontroverse um das Museum räumte Schmyrow ein, dass auch Angehörige der »Organisation Ukrainischer Nationalisten« (OUN) in »Perm-36« inhaftiert waren. Er widersprach allerdings der weitverbreiteten Wahrnehmung, alle Lagerhäftlinge seien »Bandera-Leute« gewesen. In seinem Artikel »Vier Bandera-Leute«, der im Mai 2015 bei »Radio Liberty« erschien, bekräftigte Schmyrow, dass die sowjetische Regierung drei Kategorien von Angehörigen des nationalistischen Untergrunds in der Westukraine und im Baltikum unterschied: aktive Mitglieder, Reservemitglieder und Sympathisanten. Er erklärte, dass mit dem Begriff *banderowzy* in einem weiteren Sinne jene beschrieben wurden, die wegen »Heimatverrat« (*»ismena rodiny«*) oder »Beteiligung an einer antisowjetischen Organisation« inhaftiert waren. Schmyrow zufolge fielen im Lager »Perm-36« unter diese Häftlingskategorie (ohne Beschuldigung wegen »antisowjetischer Agitation«) im Zeitraum von 1947 bis 1980 nur 173 Personen (von insgesamt 994 Häftlingen). Als *banderowzy* in einem engeren Sinne bezeichneten die sowjetischen Behörden Angehörige der bewaffneten OUN (Organisation Ukrainischer Nationalisten). In den Archivunterlagen des Museums gebe es aber nur vier Aktensätze mit einem Vermerk »OUN«, fasste Schmyrow zusammen.

Auch einige ehemalige russische Dissidenten beteiligten sich an der Debatte. So ging der ehemalige russische Dissident Sergej Kowaljow (seinerzeit Häftling in »Perm-36«) im März 2015 in einem Interview für das Portal »Otkrytaja Rossija« auf die Strafvollzugspraktiken im Lager ein. Er berichtete, dass es dort 140 Häftlinge gegeben habe, als er dort eintraf, sodass jeder Häftling unter enger Beobachtung durch die Lagerverwaltung stand. Kowaljow erzählt, dass Häftlinge nach einer Verfehlung in eine kalte Strafzelle verlegt wurden und besonders karge Rationen zugeteilt bekamen. Die schlimmste Erfahrung seien jedoch nicht die physischen Entbehrungen gewesen, gestand der ehemalige Dissident, sondern der Verlust der Freiheit in Gestalt der anmaßenden, zynischen und erniedrigenden Behandlung durch die Lagerverwaltung. Kowaljows Sympathie für antisowjetische Widerstandsbewegungen in den baltischen Republiken und der Ukraine scheint allerdings stark den Protest der Gegner von »Perm-36« angeregt zu haben. In einem Interview für »Radio Liberty« hatte Kowaljow im Juni 2014 berichtet, dass neben Dissidenten wie ihm selbst dort auch estnische und lettische Widerständler, litauische »Waldbrüder« und Ange-

hörige der Widerstandsbewegung in der Westukraine inhaftiert waren. Er verwies darauf, dass die letzteren heute als »Bandera-Leute« bezeichnet und als grausam dargestellt würden. Kowaljow meinte allerdings, dass sie für ihre von der Sowjetunion besetzten Heimatländer gekämpft hätten und somit zu Unrecht inhaftiert gewesen seien.

In ähnlicher Weise sind ehemalige ukrainische Dissidenten, die in den drei Permer Lagern (die Lager Perm-35 bis Perm-37) inhaftiert waren, der Ansicht, dass das Museum »Perm-36« politischen Gefangenen der 1960er bis 1980er Jahre gewidmet war. In ihrem Brief vom Juli 2014 an den Gouverneur der Region Perm und den russischen Kulturminister positionieren sich die ehemaligen ukrainischen Dissidenten in Opposition zum sowjetischen Regime. Sie behaupteten, dass in »Perm-36« von den 56 Häftlingen, die in der Lagerabteilung mit strengem Regime einsaßen, 37 Ukrainer waren. Auch siebzehn Mitglieder der Ukrainischen Helsinki-Gruppe waren dort inhaftiert, von denen vier im Jahr 1984 verstorben sind. 1985 starb auch der Dichter Wasyl Stus in dem Lager. Durch eine konzeptuelle Definition der Sowjetunion als russisches Imperium betonten die Unterzeichner, dass sie für eine unabhängige Ukraine gekämpft hätten. Die ehemaligen ukrainischen Dissidenten verwiesen darauf, dass die meisten Opfer der Repressionen der Stalin- und Breschnew-Zeit in den Jahren 1987 – 1990 als Opfer politischer Repressionen rehabilitiert wurden. Dies erfolgte auf Grundlage von Gesetzen in den damaligen Sowjetrepubliken; viele der Rehabilitierten wurden berühmte Personen des öffentlichen Lebens. Daher verwahrten sich die Dissidenten dagegen, als »Bandera-Leute« gebrandmarkt zu werden. Sie räumten ein, dass es wirklich Personen in den Permer Lagern gegeben hat, die wegen ihrer Kollaboration mit den nationalsozialistischen Besatzern angeklagt worden waren, doch sei das Museum nicht diesen gewidmet, sondern den Dissidenten und Menschenrechtsaktivisten, die in den 1960er bis 1980er Jahren aus politischen Gründen angeklagt wurden.

Verurteilung des Widerstandes gegen das sowjetische Regime

Gegen das Narrativ der NGO »Perm-36« über die Geschichte der politischen Repressionen in der Sowjetunion wendeten sich vor allem ehemalige Lagerwachen. Aus Sicht der Letzteren habe das Museum jene glorifiziert, die sie nun als »Feinde des Russischen Staates« bezeichnen. 2012 – 2013 lieferten die ehemaligen Lagerwachen in einer Publikationsserie der Organisation »Sut Wremeni« (dt.: »Wesen der Zeit«) eine eigene Sicht der Strafvollzugspraktiken im Lager »Perm-36« sowie eine eigene Charakterisierung der Häftlinge.

Wladimir Kurgusow, ein ehemaliger Angehöriger der Lagerwache und einst Mitglied eines Militärtribunals, der von 1972 bis 1987 im Lager »Perm-36« gearbeitet hatte, äußerte sich ebenfalls zu dem Museum. In einem Interview für die russische Zeitung »Argumenty i Fakty« behauptete Wladimir Kurgusow im Juli 2012, dass in dem Lager »Waldbrüder«, »Bandera-Leute« und Angehörige der Wlassow-Armee – die er alle »Verräter« nennt – inhaftiert waren. Darüber hinaus habe es dort auch Personen mit antisowjetischen Ansichten gegeben. Auf diese Weise brandmarkte Kurgusow nicht nur die bewaffnete antisowjetische Bewegung, sondern rechtfertigte auch die Inhaftierung von Dissidenten. Er leugnete die schlimmen Bedingungen, die im Lager für politische Häftlinge herrschten, und bezeichnete deren Teil des Lagers als »Sanatorium« mit sauberen Örtlichkeiten sowie wohlgekleideten und -genährten Häftlingen. Folglich sperrt er sich dagegen, das Lager »Perm-36« der späten Sowjetzeit als »Lager des Gulag« zu bezeichnen.

In ihrem Appell an den Gouverneur der Region Perm und den Präsidenten Russlands vom Dezember 2012 argumentierte die Organisation »Sut Wremeni«, das Museum »Perm-36« sei antisowjetisch und antipatriotisch. Es würde das Thema Repressionen ausnützen und der internationalen Gemeinschaft ein negatives Bild von der Geschichte der Region Perm vermitteln. Sie leugnete die harten Bedingungen im Lager, und die durch die NGO »Perm-36« vorgenommene Definition des kommunistischen Regimes als »unmenschlich« verwarf sie. Als Argument wurde dabei ins Feld geführt, dass die Umwandlung von »Perm-36« in ein Lager für politische Häftlinge im Jahr 1972 erfolgte, also in einer Zeit, die – folgt man »Sut Wremeni« – nicht mit Begriffen wie »Stalinismus« oder »Totalitarismus« charakterisiert werden kann. Gleichzeitig setzte die Organisation die Wortverbindung »politische Häftlinge« in Anführungszeichen und leugnete somit, dass es in der späten Sowjetzeit politische Repressionen gegeben hat. »Sut Wremeni« kommt zu dem Schluss, dass das Museum zu einer Huldigung an jene wurde, die »Sut Wremeni« als »Nazi-Helfer und radikale Separatisten« bezeichnete. »Sut Wremeni« bestritt somit die Existenz jeglichen Kampfes für nationale Selbstbestimmung in der ehemaligen Sowjetunion.

Die staatlich finanzierte »Gedenkstätte für die politischen Repressionen«, die als Träger des Museums »Perm-36« ins Leben gerufen wurde, erklärt auf ihrer Internetseite, dass das Lager »Perm-36« und ähnliche Kolonien in der Nähe zu Lagern für politische Häftlinge umgebaut wurden. 1980 sei für letztere eine Abteilung mit verschärften Haftbedingungen geschaffen worden. Unter den Häftlingen der Permer Lager, so das Museum jetzt,

seien Verfasser und Verteiler antikommunistischer Literatur, Mitglieder von Menschenrechtsgruppen und anderer religiöser oder nationaler Organisationen gewesen. Unter anderem seien Wladimir Bukowskij, Sergej Kowaljow, Anatolij Martschenko, Wassilij Stus, Natan Scharanskij und Gleb Jakunin unter den Gefangenen gewesen. Von den drei politischen Lagern, die seinerzeit in der Region Perm bestanden, sei dieser Teil das mit den strengsten Bedingungen gewesen, erklärt die Webseite. Aus dieser Darstellung geht hervor, dass die Gedenkstätte die Aufmerksamkeit auf die politischen Repressionen in der späten Sowjetzeit richtet. Sie erwähnt allerdings in ihrem Narrativ über die Ursprünge des Lagers nicht die Angehörigen der bewaffneten antisowjetischen Widerstandsbewegungen.

Schlussfolgerungen

Die Kontroverse um das Museum »Perm-36« illustriert die Schwierigkeiten, denen die Gesellschaft in Russland bei der Memorialisierung der Geschichte der politischen Repressionen in der Sowjetunion gegenübersteht. In dem Konflikt zwischen den Gegnern und den Fürsprechern des Museums war die Bevölkerung zwischen jenen gespalten, die die Öffentlichkeit hinsichtlich der repressiven Natur des politischen Regimes in der Sowjetunion sensibilisieren wollen, und jenen, die diese politischen Repressionen bestreiten. Die Diskussion um das Museum machte vor allem deutlich, wie die sowjetische Regierung jene bestrafte, die sich dem sowjetischen Regime widersetzen, sei es im bewaffneten Widerstand während des Zweiten Weltkrieges oder in der Nachkriegszeit, oder als Dissident in der Spätzeit der Sowjetunion. Die Debatte um das Museum tangiert auch die komplexe Geschichte der bewaffneten antisowjetischen Widerstandsbewegungen, einschließlich deren Kollaboration mit Nazi-Deutschland, anti-jüdischer Gewalt und Gewalt gegen sowjetische Funktionäre und die Zivilbevölkerung. Durch die Übernahme des Museums »Perm-36« durch den Staat allerdings wurde die Geschichte des antisowjetischen Widerstandes nicht aufgegriffen; vielmehr hat sie die Diskussion zu diesem Thema verstummen lassen.

*Übersetzung aus dem Englischen:
Hartmut Schröder*

Danksagung

Die Autorin dankt Markku Sippola von der Universität Helsinki für wesentliche Hinweise zu frühen Fassungen dieses Beitrags.

Informationen über die Autorin und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Lina Klymenko promovierte in Politikwissenschaft an der Universität Wien und ist Dozentin an der Universität Tampere (Finnland). Die Schwerpunkte ihrer Forschung sind Außenpolitik, Erinnerungspolitik und Politik der nationalen Identität in postsowjetischen Ländern.

Lesetipps

- Putz, Manuela; Ulrike Huhn (Hg.): Der Gulag im russischen Gedächtnis. Forschungsergebnisse einer deutsch-russischen Spurensuche in der Region Perm [= Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Universität Bremen: Sonderausgabe], Bremen, April 2010; https://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/UserFiles/file/06-Publikationen/Arbeitspapiere/ap_sonderheft_gulag_2010.pdf.
- Ganzenmüller, Jörg; Raphael Utz (Hg.): Sowjetische Verbrechen und russische Erinnerung. Orte – Akteure – Deutungen. Oldenbourg: De Gruyter 2014.
- Shmyrov, Viktor: The Gulag Museum, in: Museum International, 53.2001, Nr. 1, S. 25–27; <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000122704>.

DEKODER

Wird Geschichte an russischen Schulen eigentlich nach einem einheitlichen Geschichtsbuch unterrichtet?

Olga Filina (Ogonjok)

Der folgende Beitrag der russischen Journalistin Olga Filina erschien ursprünglich am 21.01.2019 in der Zeitschrift Ogonjok und wurde von dekodeur ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodeur

Kann Geschichte objektiv sein? Nein. Es geht immer um eine Neudeutung, um einen multiperspektivischen Blick. Was bedeutet das aber für ein einheitliches Geschichtslehrbuch? Die Initiative dafür wurde kurz nach Putins Amtseinführung gestartet, 2013 schließlich wies Präsident Putin das Bildungsministerium an, ein solches einheitliches Geschichtsbuch zu konzipieren. Es solle eine »kanonische Version« der russischen Geschichte bieten. Zum Gegenargument, dass es eine solche nicht geben könne, da Historiker die Geschichte in einigen Fragen unterschiedlich bewerteten, sagte er, er sehe dabei keinen Widerspruch zu einem »einheitlichen Standard«.

Letzten Endes war es dann auch nicht ein einheitliches, sondern waren es drei Lehrbücher, aus denen russische Schulen ab dem Schuljahr 2015/16 auswählen sollten.

Was bedeutet der Wunsch nach einheitlicher Geschichtsschreibung aber etwa für komplexe und umstrittene Fragen wie die Zeit des Großen Terrors unter Stalin oder die Revolution? Olga Filina hat für Kommerçant-Ogonjok den Praxistest gemacht.

Vom Versuch der »einheitlichen« Geschichte

Sechs Jahre, nachdem die Diskussionen hochgekocht waren, wie nützlich oder schädlich das »Einheitsgeschichtsschulbuch« sei, stellt sich heraus, dass diese Schwalbe noch keinen Sommer macht: Selbst wenn es nun [drei] empfohlene Lehrbücher gibt, können den Schülern unverfälschte Versionen von Geschichte vermittelt werden – alles hängt allein von den Neigungen und dem Engagement des Lehrers und von sei-

nen Methodikbüchern ab. Und gegen Neigungen und Methodiken ist, wie Ogonjok herausfand, bislang noch kein Kontroll-Kraut gewachsen.

Unerwarteter Effekt

»Die konzeptuelle Ausarbeitung eines neuen Lehr- und Methodik-Kompodiums zur russischen Geschichte sollte einen Konsens von professionellen Historikern, Lehrern und dem Staat festschreiben«, erläutert Galina

Swerewa, Leiterin des Lehrstuhls für Geschichte und Kulturtheorie der Russischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität (RGGU). »2016 bildeten sich die Konturen einer gemeinsamen Position heraus: Zum einen war man übereingekommen, dass sich eine allgemeingültige Vorstellung über die wichtigsten Entwicklungsetappen des russischen Staates herstellen lässt, und dass – aufgepasst! – die verbreitetsten Ansichten in Zusammenhang gesetzt werden können« mit den wichtigsten Ereignissen unserer Geschichte. Zweitens einigte man sich darauf, dass man einander ausschließende Interpretationsstränge historischer Ereignisse durchaus vermeiden könne.

Es gehörte großes Geschick dazu, auf dieser Grundlage ein Lehrbuch zu verfassen, schließlich hatten die Autoren alles in »Zusammenhang« zu bringen und Widersprüche auszuschließen. Was ist dabei herausgekommen? Eine Art Telefonbuch, ein leerer Raum von Text mit einer Aneinanderreihung von Namen, Daten und »Standpunkten«. Also musste man sich überlegen, wie die Schüler zu unterrichten wären. Und hier kam die Methodik ins Spiel ...«

Vieles hängt nun vom Lehrer ab

»In nächster Zeit werden im Internet und in großer Auflage gedruckte Methodik-Hefte erscheinen, zu jeder der 20 »schwierigen Fragen unserer Geschichte«. Sie sind von unserem Team entwickelt worden«, berichtet Alexander Tschubarjan, wissenschaftlicher Leiter des Instituts für allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften und Leiter der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung neuer Lehrbuchrichtlinien. »Ein Lehrer kann natürlich auch andere Methodik-Hefte nutzen, die ihm interessanter erscheinen. Wir können ihm etwas empfehlen. Wir können aber nicht verfolgen, ob er die Empfehlungen umsetzt. Außerdem, das möchte ich hervorheben, haben die neuen Standards für den Geschichtsunterricht in der Schule dazu geführt, dass sich die Rolle des Schulbuches im Unterrichtsgeschehen erheblich verringert hat, während gleichzeitig die Rolle des Lehrers stärker geworden ist. Von dessen Einschätzungen hängt nun sehr viel ab.«

Wenn man das jemandem 2013 gesagt hätte, dass die Idee eines Einheitsgeschichtslehrbuches den überraschenden Effekt hat, dass die »Interpretations-Anforderung« an den Lehrer steigt, hätte einem das kaum jemand geglaubt.

Zu Beginn des Projekts hatten alle auf das vereinheitlichende Potenzial gehofft (und es gefürchtet). In Wirklichkeit hat sich das Einheitslehrbuch weniger als ein hochgezogener Damm erwiesen denn als Schutzschirm, der die angsteinflößende Vielfalt an Sichtweisen auf die Geschichte Russlands verdecken soll.

Inspiziert man die didaktischen Materialien zur Geschichte, die in einer großen Buchhandlung zur Auswahl stehen, so lassen sie sich (grob) in vier Gruppen unterteilen: in »vermittelnde«, prosowjetische, monarchistische und »aktuell politische« Werke. In der Regel gelten Lehrer und auch Hochschulstudenten als Leserschaft dieser Lehrwerke, doch können sie praktisch an jeden adressiert sein. Die Reichweite des Vertriebs hängt eher vom Lobbypotenzial ihrer Macher ab.

Diplomatische Geschichtsschreibung

Eines der respektinflößendsten Werke sind die Schwierigen Fragen der Geschichte Russlands: Vom 20. bis zum Anfang des 21. Jahrhunderts eines Autorenkollektivs der Moskauer Pädagogischen Hochschule. Gattungsmerkmal der »vermittelnd« ausgerichteten Lehrmaterialien ist die Formulierung »einerseits ... andererseits«. So begegnen uns in dem weniger bekannten Begleitbuch von Juri Schestakow, einem Historiker einer Außenstelle der Staatlichen Technischen Don-Universität (das Buch hat immerhin zwei Neuauflagen erfahren), meisterlich geschmiedete Wechselwirkungen, die die Mobilisierung in den 1930er Jahren gehabt hätte: »Einerseits zwang dieser Weg dem Volk einen hohen Preis auf (Massenrepressionen, Leibeigenschaft in den Kolchosen, niedriger Lebensstandard, fehlende bürgerliche Freiheiten und so weiter). Andererseits waren die sozialen Kosten teilweise niedriger als in den Ländern mit Marktwirtschaft (fehlende Arbeitslosigkeit, kostenloses Bildungs- und Gesundheitssystem, geringe Kommunalabgaben, garantiertes Konsum-Minimum und so weiter).«

Die rote Geschichtsschreibung

In den prosowjetisch ausgerichteter Begleitbüchern sind alle Schattierungen des Roten vertreten, von dubiosen Werken bis hin zu wissenschaftlich anerkannten Arbeiten wie beispielsweise denen des Historikers Lenor Olschtynski.

Als kleines Stilbeispiel mag das im Internet intensiv beworbene Material von Jewgeni Spizyn dienen, einem »Geschichtslehrer mit 20-jähriger Berufserfahrung«, der die Herausgabe seines mehrbändigen Werkes über Crowdfunding finanzierte:

»Was die sogenannten Erschießungslisten anbelangt, so läuft hier eine ganz direkte Fälschung seitens sämtlicher eingefleischter Antistalinen«, erklärt der Autor. »[...] Es hat keinerlei persönliche und konkrete Anweisungen zur Erschießung bestimmter Menschen gegeben, weder durch Josef Stalin, noch durch dessen engste Mitstreiter; all diese Menschen wurden von Gerichten zur Höchststrafe [der Todesstrafe – dek] für Verbrechen verurteilt, die im Zuge einer gerichtlichen Untersuchung nachgewiesen worden waren.«

Die monarchische Geschichtsschreibung

Die Monarchisten, die zunächst gewissenhaft und gebildet durch Bücher des Historikers Andrej Subow hervorgetreten waren, melden sich seit dem vergangenen Jahr lauter zu Wort. Die unlängst gegründete Gesellschaft für historische Bildung Doppelköpfiger Adler (Initiator und Spiritus rector der Gesellschaft ist Konstantin Malofejew, der Besitzer des Fernsehsenders Zargrad) hat unter dem Titel Schwierige Fragen unserer Geschichte ihr eigenes Lehrwerk veröffentlicht. Herausgeber ist Dimitri Wolodichin, Professor an der Historischen Fakultät der MGU.

Das sowjetische Regime wird in diesem Buch erwartungsgemäß negativ bewertet. Dabei wird als Hauptmerkmal Stalins dessen »tiefer quasireligiöser Fanatismus« genannt. Und die Untätigkeit des Zaren Nikolaus' II. in der Zeit, die heute als »Große russische Revolution« bezeichnet wird, erfährt dort folgende Charakterisierung:

»Wie hätte der Herrscher den Befehl zum Krieg mit seinen eigenen Untertanen geben können? Mit jenen, denen er so viel Kraft und Arbeit gewidmet hat. Die russischen Monarchen betrachteten ihr Volk stets als ihre Kinder, und wie kann der Vater gegen seine Kinder in den Krieg ziehen? Nikolaus II. beschloss, sich selbst zu opfern ...«

Eine Präsentation des Lehrbuches hat – folgt man allein den Informationen auf der Website – bereits in der Schule Nr. 41 in Kaluga, in der Schule Nr. 37 in Iwano-Wosnessensk, im Kadetten-Corps der Kosaken in Schachty sowie in einem Dutzend Bibliotheken anderer Städte stattgefunden. Eingeladen waren hierzu »führende Geschichtslehrer« (den Bibliotheken wurden kostenlos Exemplare des Buches übergeben).

Die offiziöse Geschichtsschreibung

Schließlich sind da noch jene Lehrbücher irgendwie zu benennen, die auf Initiative bekannter Vertreter des russischen Staatsapparates verfasst wurden. Kurz gesagt könnte man sie als »aktuell-politisch« bezeichnen.

Die Siegerpalme gebührt hier einem Werk, das bereits 2012 entstand und von Wladimir Jakunin, dem Ex-Chef der Russischen Eisenbahn, gesponsert wurde: das Lehrbuch für den Lehrer zur Geschichte Russlands. Herausgeber war Stepan Sulakschin. Das Buch ist durch seine chauvinistische Ausrichtung bekannt und durch Zitate wie:

»Der Große Terror stellte, unter der gegebenen Fragestellung, einen Feldzug nationaler Kräfte gegen die internationalistische Übermacht dar.«

Doch das »offizielle Gesicht« des aktuellsten Lehrbuches ist natürlich Kulturminister Wladimir Medinski, unter dessen Redaktion das für Schüler geschriebene Buch Militärgeschichte entstanden ist. Wladimir Solo-

tarjow von der MGU hob als Rezensent die Objektivität der Autoren hervor, die vermieden, von »der Fiktion einer aggressiven sowjetischen Politik am Vorabend des Krieges zu sprechen, [...] wie sie bis heute von westlichen und zum Teil von russischen Medien verbreitet wird.«

»Gefährdende« Geschichtsschreibung

In dieser ganzen Vielfalt von Veröffentlichungen sind natürlich auch Interpretationen der Vergangenheit zu finden, die aus der Ecke der Bürgerrechtler und Liberalen stammen. Doch die sind auf dem Massenmarkt weniger konkurrenzfähig: Allen zu Ohren gekommen ist der Fall des Methodik-Begleitbuches für Lehrer der 9. bis 11. Klasse des Historikers Andrej Suslow aus Perm und seiner Kollegin Maria Tscheremnych. Das Buch wurde 2017 per Gericht als gefährlich für die psychische Gesundheit von Kindern eingestuft. Ein Gutachten der Aufsichtsbehörde für Massenkommunikation Roskomsnadsor, befand: Aussagen in dem Lehrbuch zum sowjetischen Regime der 1930er Jahre, wie zum Beispiel »die maßgebliche Rolle von Gewalt in der Ideologie und Praxis der Bolschewiki«, »die Grausamkeit der bolschewistischen Anführer (Stalin, Lenin und andere) gegenüber dem eigenen Volk« und so weiter – würden einen »schweren, emotionalen Druck der Angst und des Hasses« reproduzieren und seien daher für Schüler ungeeignet. Das Buch ist nach wie vor im Internet zu finden, von der Website des regionalen Bildungsministeriums ist es aber verschwunden.

Meinung statt Fakten?

Bedeutet dies alles nun, dass die Regierung nach einer »einheitlichen Richtlinie für Lehrbücher« intensiver auch eine »einheitliche Richtlinie für methodische Begleitmaterialien« einführen sollte, weil sonst Gefahr und Bürgerkrieg drohen?

»Die Freie Historische Gesellschaft machte ihre Position deutlich: Bevor irgendetwas zu ›Lehrmaterial‹ wird, ist eine Erörterung des Projekts in Fachkreisen erforderlich«, sagt der Historiker Iwan Kurilla, Professor der Europäischen Universität in Sankt Petersburg. »Es kann keine Rede davon sein, dass Historiker den Meinungspluralismus zerstören wollen: Pluralismus ist gut, aber nur dann, wenn er nicht unter dem Anschein, es handle sich um Fakten, Meinungen aufnötigt.«

Doch anscheinend werden die fachliche Bewertung und das Einvernehmen, das Historiker mit Regierung und Lehrern bei gemeinsamer Betrachtung unserer Vergangenheit herstellen konnten, ziemlich genau durch diejenigen Schulbücher umrissen, die vorhanden sind. Dort bleiben nämlich alle schwierigen Fragen gewissermaßen außen vor. Innerhalb der »schwierigen Fragen« Meinung von Fakten zu trennen, ist eine überaus

komplizierte Aufgabe, die schlichtweg eine Erneuerung nicht nur der Lehrprogramme, sondern auch der allgemeinen Haltung der Gesellschaft zum 20. Jahrhundert erfordern würde.

Es ist allem Anschein nach unmöglich, zu einem eingängigen, den Schülern vermittelbaren Verhältnis zur Geschichte zu gelangen, ohne bei dem, was mit Russland geschah, die berüchtigte Unterscheidung zwischen Gut und Böse vorzunehmen.

Olga Malinowa, Professorin an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Higher School of Economics

in Moskau, meint: »Der Versuch, alle zufriedenzustellen und in der Schule eine einheitliche Version der Geschichte zu entwickeln, konnte wohl kaum gelingen, weil der Konflikt zwischen den Geschichtsinterpretationen sehr viel tiefere Gründe hat.«

*Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) von
Hartmut Schröder*

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://www.kommer-sant.ru/doc/3853906>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <https://www.dekoder.org/de/article/schulbuch-vereinheitlichung-geschichte-stalin>.

Dieser Beitrag wurde übernommen im Rahmen des Projektes »Wissenstransfer² – Russlandstudien (https://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/de/5/20190308202039/Wissenstransfer_hoch_zwei.html)«, das von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und dekoder.org mit finanzieller Unterstützung der Volkswagen-Stiftung durchgeführt wird.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder, Ogonjok und Olga Filina für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

25. Februar – 10. März 2019

25.02.2019	Die Investmentfirma »Baring Vostok«, deren Gründer Michael Calvey und weitere Vorstandsmitglieder Mitte Februar 2019 unter dem Vorwurf des besonders schweren Betrugs verhaftet worden waren, wendet sich in einem offenen Brief an den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Darin wird Putin gebeten, eine unabhängige und objektive Untersuchung des Falls zu gewährleisten.
27.02.2019	Laut dem russischen Wirtschaftsmagazin »Forbes« ist »Yandex« mit einem Wert von mehr als 10 Milliarden US-Dollar das wertvollste russische Internet-Unternehmen. Es folgen mit einem Wert von etwa 5,3 Milliarden US-Dollar die »Mail.ru«-Gruppe sowie mit etwa 3,8 Milliarden US-Dollar das Verkaufsportale »Avito«.
28.02.2019	Der russische Energiekonzern »Gasprom« entlässt Aleksandr Medwedew und Walerij Golubew, beide bisher stellvertretende Vorstandsvorsitzende. Gründe für die Entlassungen nannte »Gasprom« nicht. Medwedew wird nach offiziellen Angaben Präsident beim Fußballklub »FC Zenit St. Petersburg«.
28.02.2019	Die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« erhebt Klage gegen »Facebook«. »Facebook« verstößt nach Ansicht »Roskomnadsors« gegen das Gesetz zur Lokalisierung personenbezogener Daten, weil es sich weigert, entsprechende Daten seiner Nutzer nach einer im Dezember 2018 erfolgten Anfrage »Roskomnadsors«, der Behörde zur Verfügung zu stellen. Eine weitere Klage reichte »Roskomnadsor« eine Woche zuvor gegen »Twitter« ein.
01.03.2019	Das internationale Schiedsgericht in Den Haag stellt fest, dass die Russische Föderation Schuld ist am Vermögensverlust des staatlichen ukrainischen Energiekonzerns »Naftogas Ukrainy«. In der Urteilsbegründung heißt es, Russland habe gegen das bilaterale Abkommen über den gegenseitigen Investitionsschutz, das auch die ukrainischen Vermögenswerte auf der Krim einschließt, verstoßen. Russland hatte nach der Annexion der Krim im Jahr 2014 den Energiekonzern auf der Krim enteignet. Der Leiter von »Naftogas Ukrainy«, Andrej Kobolew, schätzte den dadurch entstandenen Schaden auf etwa 5 Milliarden US-Dollar.
04.03.2019	Marija Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, gibt bekannt, dass Russland im Fall des im März 2018 in Großbritannien vergifteten Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seiner Tochter Julija, eigene Ermittlungen durchführt. Laut Sacharowa gibt es noch keine eindeutigen Hinweise zum Tatverlauf oder zu Verdächtigen.
04.03.2019	Die USA verlängern erneut die aufgrund der Annexion der Krim und der Beteiligung Russlands am Krieg in der Ostukraine am 6. März 2014 verhängten Sanktionen gegen russische Staatsbürger und Unternehmen. Die Sanktionen beinhalten unter anderem das Einfrieren von Vermögenswerten in den USA, Einreiseverbote in die USA und ein Verbot von Transaktionen US-amerikanischer Personen mit Personen oder Unternehmen, die auf der Sanktionsliste aufgeführt sind.
05.03.2019	Der Vorstandsvorsitzende des russischen Energieunternehmens »Nowatek«, Leonid Michelson, ist laut aktuellem Ranking des Wirtschaftsmagazins »Forbes« mit einem Vermögen von rund 24 Milliarden US-Dollar der reichste Russe. Er löst damit Wladimir Lisin ab, der nun mit einem Vermögen von 21,3 Milliarden US-Dollar auf Rang zwei ist. Der Vorstandsvorsitzende des Mineralölkonzerns »Lukoil«, Wagit Alekperow, belegt mit einem Vermögen von 20,7 Milliarden US-Dollar Rang drei.
06.03.2019	Die Staatsduma verabschiedet in dritter und letzter Lesung ein Gesetz, dass die Nutzung von Wohnräumen für Hostelbetriebe verbietet.
07.03.2019	Der Föderale Zolldienst gibt bekannt, dass der russische Außenhandelsüberschuss im Januar 2019 etwa 16 Milliarden Dollar betrug. Dieser ist damit um 2,4 Milliarden Dollar (etwa 13 %) niedriger als im Januar 2018. Im Jahr 2018 war der Außenhandelsüberschuss laut offiziellen Angaben im Vergleich zu 2017 um 80,6 Milliarden Dollar (61,5 %) gestiegen.
07.03.2019	Der russische Oligarch Roman Abramowitsch, der 20 % der Aktien am mehrheitlich vom Staat kontrollierten Fernsehkanal »Perwyj Kanal« (dt. »Erster Kanal«) hielt, verkauft seine Anteile an die WTB Bank. Mehrheitseigner bleiben staatliche Strukturen, die insgesamt 51 % der Anteile halten.

07.03.2019	Vertreter Russlands und Indiens unterzeichnen einen Vertrag zur Vermietung eines russischen Atom-U-Bootes an das indische Militär. Es ist eine Nutzungsdauer von mindestens zehn Jahren vorgesehen. Das U-Boot ist das dritte U-Boot, das Indien von Russland bzw. der UdSSR anmietet. Das erste U-Boot erhielt das indische Militär im Jahr 1988.
10.03.2019	In Moskau protestieren nach offiziellen Angaben etwa 6.500 Menschen gegen einen Gesetzentwurf, demzufolge russische Daten künftig nicht mehr über Server im Ausland fließen sollen. Die Veranstalter der Kundgebung sprachen von rund 15.000 Teilnehmern. Am Rand der Demonstration soll es 13 Festnahmen gegeben haben.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Heiko Pleines (verantwortlich) und Anastasia Stoll
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Alena Schwarz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

